

Rede
Kiel, 29.05.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Situation der Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Antwort der Landesregierung zeigt eindrucksvoll das breite gesellschaftliche Engagement der Kirchen. Kirchliche Kindergärten, Jugendarbeit, Krankenhäuser und Beratungsangebote gehören fest zum Netzwerk sozialer Unterstützung in Schleswig-Holstein. Über 40.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich bei der Kirche, die damit eine zentrale Säule des Ehrenamtes in unserem Land repräsentiert.

Kirchen gehören zu den größten Immobilienbesitzern: die Anfrage listet fast 4.000 Gebäude im Besitz von Kirchen und Religionsgemeinschaften auf. Viele Gebäude sind denkmalgeschützt und entsprechend kostenintensiv in der Unterhaltung. Gerade in den Innenstädten besitzen und schützen die Kirchen Immobilien, mit denen viele Bürgerinnen und Bürgern einen Teil ihrer Identität verbinden.

Vor dem Hintergrund dieses breiten Engagements der Kirchen finde ich es bedauerlich, dass genaue Angaben zu Zahl und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten kirchlicher Einrichtungen fehlen. Das liegt vielleicht an einem überholten Selbstverständnis der kirchlichen Träger gegenüber vermeintlicher staatlicher Einmischung. Dabei zeigt die tägliche Arbeit, dass man ohne Transparenz und ein vertrauensvolles Miteinander gar nicht über Runden kommt. Ich finde, dass Kirche sich keinen Gefallen tut, mit der Zahl ihrer Beschäftigten hinter den Berg zu halten. Im Gegenteil, sie unterstützt damit Gerüchte, dass sie ein Staat im Staat sei.

Die Große Anfrage über Kirchen und Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein ist eine aktuelle Bestandaufnahme. Die Zeiten der Massenausstritte aus den christlichen Kirchen scheinen vorbei zu sein. Seit zehn Jahren sind die Mitgliedszahlen vergleichsweise stabil. Dennoch steht die Nordelbische Kirche mit der Gründung der neuen Nordkirche vor großen Veränderungen. Ich hätte mir eine Einschätzung über mögliche Konsequenzen dieser neuen Struktur gewünscht. Überhaupt kommt die perspektivische Entwicklung der Kirchen zu kurz. Darüber sollte also im Ausschuss noch einmal berichtet werden.

Die Große Anfrage erhellt meines Erachtens nur unzureichend die Zukunft der islamischen Religionsgemeinschaften, was auch mit dem Datenmaterial zusammenhängt, das der Landesregierung zur Verfügung steht. Dabei erscheint mir gerade dieser Bereich besonders wichtig, droht doch einigen Islam-Gemeinden eine wachsende Distanz zur neuen Heimat ihrer Mitglieder. Immer noch entsendet und bezahlt der türkische Staat die Imame vieler Moscheevereine und schickt diese für fünf Jahre nach Deutschland. Viele von ihnen sprechen kaum Deutsch und kennen sich mit Deutschland nicht aus.

Einiges spricht vor diesem Hintergrund dafür, einen Staatsvertrag mit den islamischen Gemeinden zu schließen und die Imam-Ausbildung an deutschen Universitäten zu verankern.

Doch nicht nur die Landesregierung ist gefragt, den Kontakt zu den islamischen Gemeinden zu verbessern, sondern wir alle. Zum Abschluss erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zu den Daten der Großen Anfrage, die nicht ganz fehlerfrei sind. So fehlen die Angaben zur Dänischen Kirche in Schleswig-Holstein völlig. Schade.